

Termin, Ort | 05.03.2026, Recklinghausen

1 ZUKUNFT DER FERNWÄRME, GESETZLICHE VORGABEN (GEG) UND KOSTEN

B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme	
B	Es wurde die zentrale Sorge geäußert, wie die gesetzliche 65%-Erneuerbaren-Vorgabe ab dem 01.07.2028 erfüllt werden kann, wenn die Fernwärme derzeit noch zu einem hohen Anteil auf fossilen Energieträgern basiert. Zudem wurde die mangelnde Kommunikation der Versorger (Uniper, Iqony) sowie die aktuell als zu hoch empfundenen Kosten kritisiert.
S	Es wurde klargestellt, dass die Verpflichtung zur Dekarbonisierung beim Versorgungsunternehmen liegt, nicht bei den angeschlossenen Bürgerinnen und Bürgern. Iqony wird voraussichtlich bis Ende des Jahres einen Transformationsplan vorlegen. Perspektivisch könnten die Fernwärmekosten bei höherer Anschlussdichte sinken, während bei sinkender Gasnachfrage die Kosten für verbleibende Gasnetznutzer steigen könnten.
S	Die Wärmepumpe wurde als Alternative genannt, wobei deren Eignung individuell zu prüfen sei (Hinweis auf die „Wärmepumpen-Ampel“ der Stadt). Betont wurde, dass es auf einen Energiemix hinauslaufen wird und energetische Sanierungen entscheidend sind. Das Stromnetz wurde als potenzieller Engpass für den Ausbau von Wärmepumpen identifiziert.

2 ZUSTAND UND SANIERUNGSBEDARF DES FERNWÄRMENETZES

B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme	
B	Es wurde nach dem Zustand des Netzes gefragt und auf zahlreiche Baustellen und wiederholte Reparaturen (Beispiel: Maybacher Straße) hingewiesen.
S	Die Verwaltung bestätigte den Sanierungsbedarf des Netzes und wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung nicht die Betreiber sind und nur begrenzten Einfluss auf operative Maßnahmen haben. Sie bemühen sich jedoch um eine bessere Abstimmung mit den Unternehmen.

3 AKTUELL EINGESETZTE ENERGIETRÄGER IN DER FERNWÄRME UND ÜBERGANGSLÖSUNGEN

B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme	
B	Es wurde nach der Zusammensetzung des Energiemixes und möglichen Übergangslösungen gefragt.
S	Es wurde erläutert, dass das Netz ein Verbundsystem ist, in das u.a. Grubengas, Kohle, Müll, Biomasse und Erdgas eingespeist werden. Eine genaue Aufschlüsselung wird im angekündigten Bericht des Versorgers erwartet. Als Beispiel für eine Übergangslösung wurde ein Modell aus Hannover (temporäre Gaskessel durch den Versorger) genannt.

4 KLÄRUNG DES VORWURFS EINER „BLOCKADE“ DURCH DIE STADT

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde eine Aussage des Versorgers Uniper aufgegriffen, wonach die Stadt Bau- und Anschlussmaßnahmen blockiere.
S	Die Stadt wies diesen Vorwurf zurück. Aktuell führen Schäden an bestehenden Leitungen dazu, dass Straßen geöffnet werden müssen. In diesem Zuge werden Leitungen erneuert (z. B. in der König-Ludwig-Straße). Eine grundsätzliche Blockadehaltung besteht nicht.

5 VERBINDLICHKEIT DER KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde nach der Verbindlichkeit der vorgestellten Planungen und den nächsten konkreten Schritten gefragt.
S	Es wurde klargestellt, dass die KWP ein strategischer Überblick und rechtlich nicht bindend ist. Für die Umsetzung seien Investoren und nachfolgende Machbarkeitsstudien erforderlich. Die Stadt könne vermitteln, aber weder Investoren noch Bürger zu Maßnahmen verpflichten. Ein Anschluss- und Benutzungszwang sei nicht vorgesehen.

6 ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN FÜR EINFAMILIENHÄUSER

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde der Wunsch nach einer konkreten Roadmap geäußert, aus der hervorgeht, wann welche Quartiere mit einem Anschluss rechnen können.
S	Es wurde bestätigt, dass Mehrfamilienhäuser für Anbieter wirtschaftlich attraktiver sind. Die Stadt sei hierzu im Austausch, um Bürgeranliegen einzubringen, und regte an, Vertreter des Unternehmens zu einer künftigen Veranstaltung einzuladen.

7 WUNSCH NACH EINER KONKRETEN ROADMAP FÜR QUARTIERE

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde nach dem Zustand des Netzes gefragt und auf zahlreiche Baustellen und wiederholte Reparaturen (Beispiel: Maybacher Straße) hingewiesen.
S	Es wurde vorgeschlagen, die Planung schrittweise auf einzelne Quartiere herunterzubrechen (z.B. Röllinghausen).
B	Ein Anwohner der Alten Pappel-Allee fragte nach Anschlussmöglichkeiten im Zuge der Umbaumaßnahmen am Südbad.
S	Zunächst wird die technische Infrastruktur des Südbads erneuert weitere Maßnahmen könnten erst im Anschluss erfolgen.

8 ALTERNATIVE MODELLE

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde auf dezentrale Modelle wie in Dänemark (quartiersweise größere Wärmepumpen/kleinere Heizkraftwerke) verwiesen.
S	Solche Modelle wurden als denkbar bewertet, erfordern jedoch geeignete Organisationsformen (z.B. Energiegenossenschaften) und ein hohes Maß an Eigeninitiative. Erneut wurde auf das Stromnetz als möglichen Engpass hingewiesen.

9 BESONDERHEIT DENKMALSCHUTZ

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Für denkmalgeschützte Gebäude wurde geschildert, dass weder Dämmmaßnahmen noch Photovoltaik möglich seien.
S	Mögliche Lockerungen bei Solarenergienutzung wurden in Aussicht gestellt. Das Dämmverbot wurde als problematisch anerkannt, jedoch ohne kurzfristige Lösungsperspektive.

10 GRUNDSÄTZLICHE AUSRICHTUNG UND EMPFEHLUNGEN DER KOMMUNE

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde gefragt, ob die Stadt eine bestimmte Technologie für die Wärmewende bevorzugt.
S	Es wurde betont, dass Energiesparen und individuelle Maßnahmen wichtig sind. Eine Priorisierung einzelner Technologien durch die Stadt wurde nicht benannt, um eine technologieoffene Herangehensweise zu wahren.

11 DETAILS ZUR PHOTOVOLTAIK-POTENZIALANALYSE

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde gefragt, warum nur größere PV-Anlagen explizit betrachtet wurden.
S	Es wurde klargestellt, dass die satellitengestützte Analyse alle Dachflächen umfasste. Zusätzlich wurde auf die durchgeführte Freiflächenanalyse und das online verfügbare Solardachpotenzialkataster verwiesen. In der Bestandsanalyse wurde aufgrund des Datenschutzes nur die Anlagen dargestellt, die eine Leistung größer als 30 kWp aufweisen.

12 WUNSCH NACH PLANBARKEIT UND WIRTSCHAFTLICHKEITSBERECHNUNGEN

	B = Bürgeranliegen S = Stellungnahme
B	Es wurde angeregt, dass der Fernwärmeanbieter Wirtschaftlichkeitsvergleiche bereitstellen solle, um Eigentümern eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bieten.
S	Die Stadt sieht ihre Rolle darin, den Kontakt zwischen Bürgern und Unternehmen herzustellen, und verwies auf bestehende Informationsangebote (z.B. „Klimafit Ruhr“).